

Ersteinst 1884
nachmittags 4 Uhr mit
Einschaltung der Tage nach Sonn-
und Feiertagen.
Abonnementpreis
Kontroll. 20 Pf. vierteljährl. 1.50 Mk.
Postnummerando bei freier Zustellung
durch die Post bezogen 1.05 Mk.
Postzustellungsstelle 6255a, Nachtrag VII.

Volksblatt

Leserpreis
besteht für die 4 gepulverten
Pfeilspitze oder deren Stamm 20 Pf.;
für Besondere- und Besondere-
angelegen 10 Pf.
Inserate für die 4 tägige Nummer
müssen spätestens bis vormittags
10 Uhr in der Expedition aufge-
geben sein.

für Halle und den Saalkreis.
Organ zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Redaktion und Expedition: Geißstraße 24, 2. Hof II.
Telegraph-Adresse: Volksblatt, Halle a. S.

Nr. 17.

Halle a. S., Mittwoch den 21. Januar 1891.

2. Jahrg.

Wir ersuchen unsere Leser, nur bei den Geschäftslenten zu kaufen, welche unser Blatt unterstützen.

Hungersnot und Betteluppen.

In früheren Zeiten bewegte sich von Zeit zu Zeit eine große Pestilenz in verheerendem Zuge durch die Länder und forderte ihren Rechten von der Bevölkerung. Die Wissenschaft darf sich rühmen, Mittel und Wege gefunden zu haben, mit denen man den gefährlichsten Seuchen einigermaßen begegnet; wenigstens ist man gegenüber solchen Erscheinungen nicht mehr so machtlos wie früher.

Dagegen hat das kapitalistische Zeitalter eine Seuche mit sich gebracht, gegen die alle Wissenschaft ohnmächtig ist und ohnmächtig bleiben wird: die Hungersnot. Frühere Zeiten kannten sie wohl auch, aber nicht in solchem Umfang und in so schrecklichem Mißverhältnis zu den Verkehrsmitteln wie heute. Man sollte meinen, das gewaltige Netz von Eisenbahnen und Wasserlinien, das alle Kulturländer bedeckt, müßte leicht aus einer Gegend Borräte nach einer andern schaffen können, wo Mangel herrscht, damit abgeholfen werden kann. Der Transport ist leicht, soweit ihn nicht die Zollschranken erschweren. Aber wenn nach einer Gegend, die von Hungersnot bedroht ist, Borräte geworfen werden, so ist damit noch nicht viel gethan, denn zunächst machen sich die Spekulationen darüber her und es kann sich nur der dieselben nutzbar machen, der das nötige — Kleingeld hat.

Wir sehen sonach, daß unsere Zivilisation noch recht viel zu wünschen übrig läßt und gerade in den brennendsten Fragen.

Was Mißwachs und ähnliche Verluste nur noch in beschränktem Maße hervorbringen vermögen, das entzieht sich in ganzer Schreckhaftigkeit aus dem kapitalistischen Produktionssystem — das auf den Gipfel getriebene Massenelend, die Hungersnot. Mitten in der Zivilisation, und gerade in ihren Brennpunkten, erhebt sie drohend ihr Wehgeschrei.

In den Vorstädten von London sind 70 Proz. der Bevölkerung arbeitslos, mitten im harten Winter, ohne Nahrung und ohne Heizmaterial. Schreckliche Ausritte finden statt und man könnte meinen, die Armen befänden sich in einer verlassenen Wüste, statt in dem größten städtischen Gemeinwesen Europas. Biletschik wäre es für manchen Europäer in der Wüste, die doch Oasen mit Quellen und Früchten hat, leichter, seinen Unterhalt sich zu verschaffen, als in den Brennpunkten der Zivilisation. Wahrscheinlich trägt auch die ameri-

kanische Zollserhöhung ihr Teil zu diesem Elend bei und die sächlichen Vantes steden mit Gemütsruhe den Profit ein, der mit solchem Elend bezahlt werden muß.

Aus Wien kommen die gleichen Nachrichten. In den Vorstädten ist das Elend grauhaft. Zahlreiche Familien strömen in die öffentlichen Warmeläden, da sie sich selbst kein Zimmer erwärmen können. Auch hier macht die Mac Kinley-Will sich fühlbar. Und was geschieht? Nichts oder wenig. Die Polizei ist läppisch und brutal wie immer. Die Perlmutterbrecher, die durch die nordamerikanische Zollserhöhung zu vielen Tausenden brotlos geworden sind, haben sich mit der Bitte um Hilfe an die Regierung gewendet und die Polizei steckte eine Anzahl von ihnen wegen „Massenaufzuges“ ein. So „hilft“ der österreichische Polizeistaat.

Und bei uns in Deutschland hat die Hungersnot schon längst ihren Einzug gehalten. Wenn auch im Moment aus den großen Städten kein so trasses Elend gemeldet wird — wir wissen, daß es vorhanden ist, aber man hat sich daran gewöhnt. Dagegen wurde schon vor Wochen gemeldet, daß bei der Ueberbevölkerung der Rostland wieder den Höhepunkt erreicht habe. Im Erz- und Culengebirge sieht es so schlimm aus, wie zu den traurigsten Zeiten, und die Textil-Industrie bezieht die größte Unterstützung von Staat und Gemeinde, sie kann nur bestehen, indem der Bevölkerung, die sie beschäftigt, reichliche Summen in Gestalt von Armenunterstützungen zufließen. Soweit ist das kapitalistische Konkurrenzsystem schon gekommen. Die Bevölkerung geht auf diese Weise zu grunde, denn sie muß mit einer langsamen Verhungerung kämpfen.

Was weiß die bürgerliche Gesellschaft dagegen zu thun? Die Betteluppen zu toden; weiter nichts.

Doch halt, man weiß noch mehr. In Schweidnitz in Schlessen hat der Landrat darüber beraten, was zu thun ist. Aber er hat es nicht publiziert, zu welchem Resultat er gekommen ist. Vermuthlich zu keinem. Der bürgerliche „Freisinn“ weiß auch keinen Rat. Was sollte er den armen Weibern auch empfehlen? Vielleicht den „freien Wettbewerb der Kräfte“.

Die konservativen Blätter Schlessens schlagen einen Verein vor, der „unentgeltlich Nahrungsmittel abgeben“ soll. Da kommen die Betteluppen schon wieder zum Vorschein. Dann soll der Verein „erwägen, wie sich

lohnendere Beschäftigung erreichen lasse für die Handwerker“.

Für die erste Not kann nur aus Staatsmitteln kräftig geholfen werden, denn an die Zukunft und werthtätige Hilfe eines solchen Vereins glaubt kein vernünftiger Mensch. Seit wann wären denn konservative Gemüther wirklich so mild gestimmt, um hier etwas Ernsthaftes zu übernehmen? Ja, wenn es sich darum handelte, die Getreidezölle zu erhöhen, dann würden wir an den Eifer der Herren glauben. So aber nicht.

Nein, sie wissen nichts zu thun. Wie wollen sie denn „lohnendere Beschäftigung“ beschaffen? Sie sehen auch nicht, daß in diesen unaufhörlichen Notständen sich nur zeigt, welcher Fäulnis die kapitalistische Produktionsform anheimgefallen ist. Das Schicksal der Weberei steht mehr oder minder allen Industriezweigen bevor, wenn nicht vorher eine Wendung zum Besseren kommt, indem der Betrieb eine neue Gestalt annimmt. Wir glauben indessen kaum, daß die Regierungen der Zukunft und das Volk mit ihnen werden warten wollen, bis der Kapitalismus das Webereien in allen Produktionszweigen eingeführt hat. Da wird man zu Reformen schreiten, weil — man muß.

Die Betteluppen, von wem sie nun auch gefocht werden mögen, sind der Ausdruck der vollsten Hilflosigkeit unserer bürgerlichen Sozialpolitik. Sie beweisen nur, daß man an fruchtbareren Ideen so arm ist wie zuvor, rathlos gegenüber dem trasseten Elend; inmitten der Zivilisation.

Und dieselbe bürgerliche Betteluppen-Sozialpolitik will dem Sozialismus die Zukunft absprechen!

Ein Fürstenmacher

Wie heutzutage die Fürsten von „Gottes Gnaden“ zu Stande gebracht werden, darüber finden wir in der „Kreuz-Ztg.“ folgendes nette Bröbchen. Dem genannten Blatte wird aus Wien geschrieben: „Zu den fragwürdigsten Errungenenschaften der Neuzeit gehört das zunehmende Eingreifen der Börsenspekulation und Hochfinanz in das politische Leben. Frankreichs Politik in Egypten wird vom Hause Rothschild geleitet, welches in Ungarn die neuen Finanzgeetze zenfirt. Die Beziehungen des Barons Hirsch zum Prinzen von Wales sind bekannt. In Wien wurde weiter seinerzeit behauptet, daß kein anderer als Montouz die Erhebung

17]

„Im Elend.“

Nach einem polnischen Motiv von Rafimír Kanemann.

Nachdruck verboten.

Alle Rechte vorbehalten.

Es war Mitte Juni, als Lorenz das Spital verließ. Zu Hause angelangt, mußte er staunen, als er mannigfache Veränderungen vorfand, deren Martha bei ihren Besuchen im Krankenhaus niemals erwähnt hatte. Die Stube, die sie bis jetzt inne hatten, war von einer ihm völlig unbekanntem Familie besetzt. Martha wohnte mit dem Kinde bei der Wäscherin Valentine, bei welcher sie Zuflucht gesucht, als man ihr bald nach dem Unglücksfall ihres Mannes die Wohnung gekündigt hatte. Die Haus-Verwaltung wußte wohl, daß die Frau, von jetzt an nur auf die Arbeit eigener Hände angewiesen, nicht die Möglichkeit haben würde, die Miete einzig von ihrem Verdienste bezahlen zu können. Waren ja die Werba bereits für zwei Monate die Miete schuldig geblieben, und es war gewiß nur zu ihrem Besten gemeint, wenn man dafür sorgte, daß sie nicht in größere Schulden gerieten. Freilich hinderte diese humane Auffassung die Verwaltung nicht, die wenigen Gerätschaften der Elenden zu pfänden, sie hatte dies aber mit dem ausdrücklichen Versprechen gethan, mit der öffentlichen Versteigerung derselben bis Anfang Mai sich gebunden und der Familie Zeit lassen zu wollen, die Schuld doch zu tilgen.... Für Martha war das unmöglich. Sie

ernährte sich mit dem Kinde von dem Erwerb, welchen ihr das Waschen der fremden Wäsche einbrachte. Und dieser war gerade groß genug, daß sie nicht vor Hunger verkommen. Ebenso schlimm war auch die Lage der alten Wäscherin Valentine, obwohl sie jetzt alleine in der Welt stand, obwohl sie keine Kinder mehr zu ernähren und die brutalen Angriffe des Mannes nicht mehr zu dulden hatte.

Wenige Tage nach dem Unglücksfall, der dem Lorenz zugefallen, war auch ihr ein Unglück begegnet. Eines Abends nämlich kam Jakob wieder einmal in die Stube gefährt und forderte von ihr, wie er stets in betrauertem Zustande zu thun pflegte, unter Flüchen und Beroindigungen Geld. Es wiederholte sich nun die Scene, wie ähnliche seit Jahren fast jede Woche einmal zur Nachtstunde in dieser Stube sich abgespielt hatten. Diesmal geschah es mit dem Unterschiede, daß Jakob die Frau nicht auf den Fußboden warf und mit Füßen trat, weil sie mit von Wasserlucht angefüllten Füßen im Bette lag. Sie konnte dieses nur höchstens für ein paar Stunden im Tage verlassen, um, auf einer Bank sitzend, die von Martha gewaschenen Leinwandstücke zu plätten. So schlug und mißhandelte er sie an diesem Abend nicht, da er sich scheute, sie ernstlich zu beschädigen, daßte aber, nachdem sein Herumsuchen nach dem Gelde erfolglos geblieben war, nach einem messigen Bildeisen, um es, wie er es randheraus sagte, irgendwo zu verpfänden. Die Frau stieß ein Betergeschrei aus und

rief die Hilfe ihres Sohnes, des fünfjundzwanzig-jährigen Anton, an, der im anderen Ende der Stube auf seinem Schlaflager ruhte. Anton wohnte noch immer bei der Mutter, er arbeitete des Tags als Tagelöhner in einer Gerberei und war mit seinem geringen Verdienste eigentlich die Stütze des Haushaltes. Er nahm auch diesmal, wie in seinen Knabenjahren, die Mutter in Schutz. Er sprang vom Bette auf, stürzte über den Vater und es entspann sich nun, da er den schweren Gegenstand aus dessen Händen entreißen wollte, zwischen den Beiden ein Kampf und ein Ringen wie zwischen zwei Wilden. Der Alte ward rufend. Er schlug mit dem Eisen auf die Brust des Sohnes, daß dieser für einen Augenblick zurücktaumelte. Ein gräßlicher Fluch entfuhr dessen Lippen — wutentbrannt sprang der Sohn gleich einem verwundeten Eber wieder herbei — das Eisen kam in seine Hand — es blühte in der Luft — und der Vater brach mit schwer verletztem Kopfe, von Blut bedeckt, auf dem Boden zusammen.... Von Entsetzen erfaßt, eilte die Frau trotz ihrer geschwollenen Füße auf den Hofraum und schrie um Hilfe. Die Hausleute liefen herbei. Inmitten der Stube fanden sie den Sohn über dem röchelnden Vater stehend, in finsternen Wäutern verloren.... Er mach'e keinen Versuch zu entfliehen und verbarnte auch in seiner stummen Verschlossenheit, als ihn kurz darauf mehrere Polizeimänner nach dem Gefängnis fortzuschleppen.... Jakob wurde ins Spital gebracht. Ohne für einen

des Fürsten Milan zum Könige durchgesetzt hat, und jetzt haben die Wiener Gerichte nach einem gänzlich untergeordneten und anrüchlichen Börsenagenten aus Budapest, welcher sich rühmt, dem Prinzen Ferdinand von Koburg zur Befestigung des bulgarischen Thrones verholten zu haben.

Dieser „bulgarische Fürstentümer“, ein ehemaliger Spekulant der Budapestser Getreidebörsen, Namens Philipp Walbapfel, befindet sich israelitischen Bekennnisses, ist dieser Tage in Budapest verhaftet worden, zunächst als Mitschuldiger an den Schwindereien des herabgekommenen Grafen Sickingen zu Wien. Derselbe hat unter der Vorspiegelung, bulgarischer Kronpräsident zu sein, einer leichtgläubigen Wienerin 30 000 Gulden entlockt und dieser sein Betrug soll dadurch gelungen sein, daß er Briefe und Depeschen aus Sofia vorweisen konnte, wonach er von einflussreichen bulgarischen Fürstern zum Nachfolger des Prinzen Ferdinand ausgerufen sei. Hierzu soll ihm Walbapfel verholten haben.

Philipp Walbapfel ist kein gewöhnlicher Spekulant, er wird vielmehr in seinen Kreisen „bulgarischer Fürstentümer“ genannt. Thatächlich hat er in Bulgarien eine politische Rolle gespielt. Als Getreideaufkäufer hatte er die unteren Donauländer kennen gelernt und erachtete nach dem Rücktritt des Fürsten Alexander die Gelegenheit für günstig, um in die Geschäfte Bulgariens handelnd einzugreifen. Zunächst spielte er die Rolle eines politischen Agitators und hielt z. B. Reden für Bulgariens Unabhängigkeit gegen den russischen Abgesandten General Karubars. Im gegebenen Augenblick hat er dann, so scheint es, in den bulgarischen Kreisen den Gedanken angeregt, den Prinzen Ferdinand von Koburg auf den Thron zu berufen, und dabei die Rolle eines erfolgreichsten, wenn auch untergeordneten Mittvermittlers gespielt. Thatächlich wandte ihm Prinz Ferdinand großes Wohlwollen zu. Nach dessen Thronbesteigung erschien Herr Walbapfel an hervorragender Stelle in des Prinzen Gefolgschaft, er wurde mit geheimen Aufträgen betraut, er galt in Sofia als das eigentliche Haupt der politischen Polizei und so wußte der ehemalige Getreidepekulant eine Zeit lang auch die Presse unter seinen Einfluß zu bringen, indem er sich ermächtigen ließ, die Depeschen der westeuropäischen Berichterstatter seiner Jenur zu unterziehen.

Nach einiger Zeit wurde Herr Walbapfel aus Sofia und aus Bulgarien hinausgedrängt, vielleicht nur deshalb, weil er kein Bulgarer, sondern ein ungarischer Israelit war. Der politische Industriemittel strengte dann gegen Prinzen Ferdinand und die Prinzessin Clementine von Budapest aus eine Klage auf Zahlung von 500 000 Franks an, indem er behauptete, daß ihm dieser Betrag von den Beflagten für seine bei der Thronbesteigung des Prinzen Ferdinand geleisteten Dienste zugesagt worden sei. Mit dieser Klage wurde er insofern abgewiesen und nach der Verhaftung Panigass legte die Regierung zu Sofia gar einen Preis von 1000 Franks für die Ergreifung Walbapfels auf bulgarischen Gebiete aus.

Vorausichtlich werden die bevorstehenden Gerichtsverhandlungen einiges Licht auf die dunkle Persönlichkeit dieses bulgarischen Fürstentümers werfen.

Politische Ueberflut.

Die „Erfurter Tribüne“ schreibt aus Erfurt: „Die ausgeperrten Schuhmacher beabsichtigen vorläufig eine Reparaturwerkstätte zu errichten und machen die Bürger und Arbeiter, welche sich mit den Schuhmachern solidarisch erklären, hierauf mit dem Bemerkten aufmerksam, daß alles nähere in kürzester Frist bekannt

Augenblick die Bestimmung wieder erlangt zu haben, stark er hier am dritten Tage.

Wie furchtbar auch der Schlag das Herz der Frau erschütter haben mochte, so hatte sie doch für den Mann keine Thräne des Mitleids. Es war ihr nur um den Sohn leid, bitterlich leid, weil er von allen Kindern am meisten Anhänglichkeit für sie an den Tag gelegt hatte. Ohne seine Hilfe war auch ihre Existenz jetzt untergraben; sie war nur auf eigene Kräfte angewiesen und diese drohten sie bald gänzlich zu verlassen. . . . Zwar hatte Valentine noch zwei andere Kinder in der Nähe, eine erwachsene Tochter und einen dreizehnjährigen Sohn, eine Aushilfe konnte sie insofern von keinem erwarten. Die Tochter lebte seit mehreren Jahren allein in der Stadt, und von ihr würde die Mutter keinen Pfennig angenommen haben. . . . Sie sprach auch niemals von der Tochter, als wenn jene gar nicht lebte, und wenn zufällig jemand von den Hausbewohnern ihr erzählte, er sei Marien des Abends begegnet, wie sie aufspuckt, in elegantem Hut mit Federbusch, mit anderen Mädchen vor einem Caféhaus auf und ab wandelte, so erbeute die alte Wäscherin, als würden die Worte sie wie Messerflüge ins Herz treffen. . . . Ueberdies kümmerte sich auch die Tochter, seit sie das elterliche Haus verlassen, blutwürgend sowohl um ihre Eltern wie um ihre Geschwister. . . . Sie schämte sich des Elends derselben und fürchtete sich besonders vor dem Vater, der zu wiederholten Malen auf der Straße sie angesprochen

gemacht werden wird. Diejenigen Einwohner also, welche Reparaturen zu befehlen haben, werden deshalb der Arbeiterlache einen Dienst leisten, wenn sie, sofern es anständig, die wenigen Tage bis zur definitiven Errichtung des Unternehmens noch abwarten, bevor sie ihre Reparaturen bestellen.“ — Dies Verfahren dürfte sich auch bei manchem Gewerbe, das in Streit gerät, anwenden lassen.

Die Anklage gegen die Kommission der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt wegen Erpressung, deren sich dieselbe durch Zurückverlangen der den Streikbrechern geliehene Unterhüftung schuldig gemacht haben soll, ist eingestellt worden.

Im „Leipziger Tageblatt“ lesen wir: Der Ort des Deutschen Reiches, welcher im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl die meisten Witwen besitzt, ist sicherlich Niederwörsbach im Fürstentum Württemberg. Jedes fünfte weibliche Wesen und insbesondere 40 Proz. der Haushaltungsvorstände sind dort Witwen. Diese merkwürdige Thatsache, welche durch die letzte Volkszählung an den Tag gebracht wurde, beruht auf der außerordentlich ungesunden Industrie, der Achatzleiterei, von welcher sich die Bewohner Niederwörsbachs fast sämtlich ernähren. Die Achatzleiterei besitzen infolge ihres Gewerbes eine ungemene Empfänglichkeit für die Schwindsucht, und fast alle Arbeiter werden von ihr im besten Mannesalter dahingerafft. — So wie in diesem Gewerbe, ist es auch bei verschiedenen anderen der Fall. Würde das Kapitalistenblut sich der Mühe unterziehen und da nachsehen, würde es fast überall die Proletarierfrontzeit mehr oder weniger antreffen.

Ueber die Verwendung der auf Grund der lex Luene an die Kreise überwiesenen Gelder haben wir schon kürzlich allerlei erbauliche Mitteilungen gemacht, die ergaben, daß die bezogenen Summen in vielen Fällen nicht dem Sinne des Gesetzes entsprechend Verwendung finden. Das Schönste in dieser Beziehung ist aber wohl im Kreise Schwäbe (Reg.-Bez. Rastatt) gescheit worden. Dem „Berl. Ztbl.“ wird von dort berichtet, daß durch Kreisratsbeschluss vom 9. d. M. die Summe von 3000 Mark ausgelegt ist für die Verbreitung von Schriften gegen die sozialdemokratische Agitation auf dem Lande. Der gleiche Betrag ist ausgelegt zur Belohnung von Diensthöben wegen langjähriger Dienstzeit bei einer Herrschaft, ferner Mark 20 000 zum Ankauf von Bullen, ca. Mark 35 000 zu Meliorationszwecken, ferner größere Summen für Einrichtung von Wasserleitungen in verschiedenen Gemeinden, Beiträge für Arbeiterkolonien u. s. w. Im ganzen sind auf diese Weise etwa Mark 64 000 untergebracht worden. — Das Volk muß nun also auch schon in den Getreidezöllen die Kosten der „Bekämpfung der Sozialdemokratie“ mit aufbringen. Das hat nur noch gefehlt, um diese Hölle ganz zu diatribieren, soweit das überhaupt noch erforderlich ist.

Zur Grenzsperrre. Die jetzt bekannt werdenden Zahlen der im abgelaufenen Jahre in den einzelnen Städten Oberpfaltens geschlachteten Schweine machen auch dem entschiedensten Anhänger der Grenzsperrre klar, daß die Zustände auf den Fleischmärkten der oberpfälzischen Städte unhaltbar geworden waren. In Laurahütte sind im ganzen Jahre 1890 nur noch 431 Schweine geschlachtet bzw. unterjacht, während im Vorjahr noch 1595 Schweine geschlachtet waren. Das ist ein Rückgang um 1154 Stück oder nahezu 70 Proz. In Kofel ist die Zahl der geschlachteten Schweine von 2029 in 1888 auf 1496 in 1889 und 1189 Stück in 1890 zurückgegangen, d. h. in wenigen Jahren um 40 Proz. Das sind geradezu erschreckende Zahlen!

Die „Deutsche Wärdersetzung“ enthält in ihrer letzten Nummer einen Aufruf aus London, worin da-

hatte, um ihr Geld zu erpressen. . . . Der dreizehnjährige Sohn war in einer Lehr-, wo er auch seine Kost und seinen Unterhalt hatte.

Es war kein Wunder, daß Valentine unter solchen Umständen auf den Vorschlag Martbas, als diese, zum Räumen ihrer Wohnung genötigt, sie angesprochen hatte, mit ihr sowohl die Stube wie die Wäschearbeit teilen zu wollen, bereitwillig einging. Sie beiderseitig unterstehend, hofften sie im Zusammenleben ihre Leiden und ihr Elend leichter ertragen zu können. Und so war es auch in der That. Martba holte die Wäsche bei den Kunden in der Stadt, wusch sie im Waschfaß fast nur mit eigenen Händen, während Valentine, die meist das Bett hüten mußte, die Wäsche plättete oder die Pflege der kleinen Tefela wie einst ihrer Mutter besorgte. Sie konnte überhaupt nur solche Arbeiten verrichten, die denen sie ihre geschwollenen Füße nicht zu sehr antrengte. Jeden Sonntag besuchte Martba ihren kranken Mann im Spital, und wenn sie ihren ganzen Sommer im Geheimnis vor ihm hielt, so that sie dies, um den Kranken nicht noch mehr zu grämen. Mit der Heimkehr Lorenzens trat in die Lebensweise der beiden Frauen keine Veränderung ein. Es war nur ein Mund mehr zu ernähren, da noch Wochen vergingen, ehe Lorenz sich in so weit erholt, um sich in der Stadt nach einer Beschäftigung umschauen zu können. Die dritte Woche zeigte aber, daß seine Befürchtungen in betreff auf das Maurerhandwerk sich schneller als er gedacht, bewahrheiten sollten. Es war

rauf hingewiesen wird, daß von den Agenten gewisser fremden Herren Londons immer wieder truppweise deutsche Wärdersetzungen nach dort eingeführt werden, auch viele Wärdersetzungen aus eigenem Antriebe nach London gehen. Nun liegen aber in London, wie selbst das dortige Organ der Stademeister zugesteh, beiläufig 1500 Wärders auf der Straße. Es wird deshalb vor Aufzug deutscher Wärders nach London, wie nach England überhaupt gewarnt.

Freitag.

47. Sitzung vom 19. Januar, 1 Uhr.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag des Abg. Auer und Genossen, betreffend die Einstellung des gegen den Abg. Grillenberg (Soz.-Dem.) beim Landgericht zu Nürnberg schwebenden Strafverfahrens wegen Verleumdung.

Der Antrag lautet: „Den Herrn Reichstagsrat zu ersuchen, zu veranlassen, daß durch Vermittlung des Königl. bayerischen Ministers zu München der Reichstagsrat dem Landgericht am 10. d. M. den Antrag zu Nürnberg zur Aufhebung derjenigen Untersuchungsmaßnahmen angewiesen werde, welche er unter Nichtbeachtung der Bestimmungen des Art. 31 der deutschen Reichsverfassung nach dem 6. Mai 1890 gegen den Abgeordneten Grillenberg wegen Verleumdung des Antmanns Lude und des Generalleitreders Dant eingeleitet hat.“

Abg. Singer (Soz.-Dem.) rechtfertigt diesen Antrag. Er habe zu demselben absichtlich eine andere als die übliche Form gewählt, damit der Reichstag sich prinzipiell darüber schlüssig mache, daß die Immunität der Reichstagsabgeordneten auch während der Verlegung des Reichstages gesichert sei und dadurch dem gerade zu einem Einzug erworbenen Rechte verschiedener Staatsämter ein Ende mache. Es handelt sich um den bekannten Fall der vom Nürnberg Staatsanwalt gegen den Abgeordneten Grillenberg während der Verlegung des Reichstages eingeleiteten und trotz des Protestes des Abg. Grillenberg fortgesetzten Unternehmung, in welcher vom 7. Februar cr. vor dem Schöffengericht zu Nürnberg Termin angelegt ist. Redner beruht sich für die Richtigkeit seiner Annahme, daß nach Art. 31 der Verfassung die Immunität der Abgeordneten auch während einer Verlegung gewahrt sei, auf die Ausprüche verschiedener Staatsrechtslehrer und auf mehrere Beschlüsse des Reichstages und richtet an das Haus das Ersuchen, seinen Antrag anzunehmen. Da in der Behandlung des eingeleiteten Abgeordneten der ganze Reichstag geschädigt werde. Gegenständig sei es, daß gerade die Staatsämter es seien, welche die Verfassung fortwährend verletzen.

Präs. v. Bezezon rügt diese Meinerung als unzulässig. Abg. Dr. Hartmann (lon.): Es bedürfe einer prinzipiellen Entscheidung des Reichstages heute nicht, weil der Reichstag eine derartige Entscheidung bereits in einem früheren Falle getroffen habe. Die verhandelten Regierungen haben aber immer die Ansicht des Reichstages befolgt und daher keine die Gewalt mangels einer Einigung in diesem Punkte wohl befehlig, die Immunität der Abgeordneten während der Verlegung nicht anzuerkennen. Eine rechtswidrige Aufkündigung liegt also nicht vor und der Reichstag ist nicht berechtigt, gegen die Staatsanwaltschaft in Nürnberg einen Vorwurf zu erheben. Die Staatsanwaltschaft kann die Untersuchungsmaßnahmen nicht aufheben, weil die Sozialdemokraten es verlangen, nachdem bereits die Unternehmung eingeleitet ist für die Aufhebung des Strafverfahrens gegen den Abg. Grillenberg werden wir selbstverständlich stimmen.

Bayerischer Bevollmächtigter Graf von Derschenfeld: Der Abg. Hartmann hat den Standpunkt der bayerischen Regierung so darlegend wiedergegeben, daß ich nicht hinzuzufügen habe. Gegen eine Einstellung der Unternehmung während der Reichstag ist beizufallen sollte, würde die bayerische Regierung nichts anzuwenden haben. Eine Aufhebung der bereits vorgenommenen Untersuchungsmaßnahmen ist aber unstatthaft und unmöglich.

Abg. v. Urnherg-Worms (Nicht) stellt am dem Standpunkte des Abg. Dr. Hartmann und stellt den Antrag: das Strafverfahren gegen den Abg. Grillenberg für die Dauer der Session einzustellen.

Abg. Singer: Wenn der Reichstag der Ansicht sei, daß die Immunität der Abgeordneten nach Art. 31 der Reichsverfassung auch während der Verlegung gewahrt sei, so lese er nicht ein, weshalb er sich der vorgeschlagenen Entscheidung enthalte. Wenn der Reichstag die Unternehmung, wenn der Reichstagsgenossen nicht aufzulassen, sie wollen lesen, als die bayerischen Gerichte dem deutschen Volke das Schauspiel geben werden, einen Abgeordneten während der Session vor Gericht zu ziehen. Es komme übrigens nicht darauf an, welche Ansichten die verhandelten Regierungen von den Rechten des Reichstages haben, sondern der berufene Intergrat dieses Rechts sei der Reichs-

inmitten des Sommers, die Bauarbeiten in vollem Gange, doch keiner von den Maurermeistern wollte Werda im Charakter eines Gesellen aufnehmen. Man wies ihm nur Arbeit an, welche Handlanger verrichteten, und bei einem Lohne, der unmöglich für den Unterhalt der Familie reichen konnte. Die ledig Jahre seiner vorherigen Arbeit in dem Frache wollte niemand in Betracht nehmen. So bitterlich in seinen Hoffnungen enttäuscht, wollte Lorenz anderswo sein Glück versuchen. Von allen Seiten strömten seine Arbeiter nach Krieg und Heize, wo eben eine neue Bahnlinie gebaut wurde. Es hieß, man benötige dort tausende Arbeitshände. Erdwälle würden aufgemoren, Brücken gebaut, Steine hergeführt, Quadern behauen. Bei der gemeinsten Arbeit könne man dort mindestens einen zwei Mark täglich verdienen. Es ist sehr leicht erklärlich, daß Lorenz nicht lange überlegte. Eines Tages machte er sich zu Fuß auf den Weg, während Martba erst nachkommen sollte, wenn er tatsächlich Beschäftigung gefunden.

Diesmal trugen die Erwartungen nicht, Werda sand wirklich Beschäftigung. Die mühsellose Erdarbeit war freilich für seine gerüttelten Kräfte viel zu schwer, doch daran konnte er gleich jedem Proletarier nicht denken. Und von solchen Menschen, die nach einem täglichen Stück trockenen Brotes lebten, wimmelte es bei jenem Bahnbau. Sie wohnten in Feldbaracken, lebten in Schenken und Kaminen, wo sie ihren sauer verdienten Pfennig gegen teure Lebensmittel eintauschten. (Fortf. folgt.)

tag ist. Jeder Mensch, jede Körperschaft werde so behandelt, wie sie es verdienen. Wenn Reichstagsbeschlüsse nicht durchzuführen sind, so ist die Reichstagskommission gegen sie zu erklären, so wie auch gegen die Beschlüsse des Reichstages nicht beizutreten.

Abg. Erüger (freil.) erklärt sich für den Antrag Auer, obwohl er glaubt, daß die Forderung auf Aufhebung der Untersuchungsmaßnahmen unumföhrbar sei. Für ihn ließe es sich, daß die Einleitung des Strafverfahrens in diesem Falle dem Art. 21 der Verfassung widerspreche. Für diese Annahme spreche doch auch die Bernunft. Es wäre sehr angebracht, gegenüber solchen Vorbestimmungen eine allgemeine Bestimmung zu treffen.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich halte es für richtig, dem Antrage eine Stellung zu geben, nach welcher er auch ausführbar wäre. Die Sache liegt so, daß ich eine Praxis der Staatsanwälte und Gerichtsbehörden herausgestellt hat, daß aber die Interpretation des Art. 21 der Verfassung eine Meinungsverschiedenheit besteht. Es ist nicht nötig, in diesem Falle eine prinzipielle Entscheidung darüber herbeizuführen. Dem Abg. Erüger möchte ich erwidern, daß es auch bei der Bernunft entspricht, Anträge zu stellen, auch wenn sie nicht durchführbar sind (Beitritt), was bei dem Antrage Auer nicht der Fall ist.

Abg. von Bismarck (Zentrum) erklärt sich für den Antrag Auer, obwohl er glaubt, daß die Forderung auf Aufhebung der Untersuchungsmaßnahmen unumföhrbar sei. Für ihn ließe es sich, daß die Einleitung des Strafverfahrens in diesem Falle dem Art. 21 der Verfassung widerspreche. Für diese Annahme spreche doch auch die Bernunft. Es wäre sehr angebracht, gegenüber solchen Vorbestimmungen eine allgemeine Bestimmung zu treffen.

Abg. Dr. v. Marquardsen (nat.-lib.) befragte diesen Antrag. Der Reichstag müsse zunächst thun, was schnell geschehen müsse und dies ließe die Einstellung des Strafverfahrens. Abg. Mündel (freil.) beantragt den ganzen Antrag des Abg. Auer an die Geschäftsordnungskommission zu verweisen, um dadurch zu erkennen zu geben, daß das Verfahren des Präsidentenberger Staatsanwaltschafts nicht richtig war. Der Tenor des Antrages Auer verlange etwas Unmögliches, die richtige Formulierung sei aber im Plenum nicht möglich. Daß das Verfahren zu Unrecht eingeleitet worden, darüber bestimme bei der Mehrheit des Hauses kein Zweifel und es verheße sich für unerschütterlich, daß der Reichstag dazu nicht stillschweigen könne. Je unerschütterlicher der Bundesrat auf seiner Ansicht beharrt, desto unerschütterlicher muß der Reichstag auf seine Stellung festhalten.

Abg. Dr. v. Sarnmann und Klemm (konf.) empfehlen den Antrag v. Auer-Bismarck.

Die Anträge (Einstellung des Strafverfahrens) sind angenommen, der Antrag Auer an die Geschäftsordnungskommission verwiesen.

Der Reichstag tritt hierauf in die zweite Beratung des Etats pro 1891/92.

Bei dem Etat des Reichstages befragt Abg. Richter (freil.) besonders im Interesse der süddeutschen Mitglieder des Reichstages die Disziplinarität der Reichstagsmitglieder, indem er auf die Länge der Sessionen und auf die Opfer verweist, welche dadurch den Abgeordneten auferlegt würden. Daß die Disziplinarität auch auf die Beschäftigung des Reichstages von Einfluß sei, lasse sich nicht in Abrede stellen. Der Reichstagspräsident habe in Aussicht gestellt, daß er zur Vermeidung der süddeutschen Besetzung sich bemühen werde. Die Besetzung von Plätzen an die Reichstagsabgeordneten sei nach ein juristisch gehaltenes Prinzip. Seine Freunde würden die dahingehenden früheren Reichstagsbeschlüsse, wünschenswerter aber wäre es, wenn die Reichstagsregierung die Initiative dazu ergreife.

Der Etat wird genehmigt.

Bei dem Etat des Reichstages des Innern — Gehalt des Staatssekretärs — wünscht Abg. Dr. Dingens (Bentl.) eine größere Fürsorge für eine genügende Sonntagsgelöhne in den Fabriken. Nach den Berichten der Fabrikinspektoren habe sich allerdings eine Besserung gezeigt. Wünschenswert wäre es, wenn die Fabrikinspektoren die Fabriken auch nachts besuchen, namentlich diejenigen, wo Frauen zur Nacharbeit verwendet werden.

Abg. v. Knebel (Reichsd.) verweist auf die verheerenden Folgen der Trunksucht. 68 Proz. aller bestraften Verbrechen seien auf die Trunksucht zurückzuführen. Das Deutsche Reich habe alle Veranlassung, der Frage näher zu treten mit Aussicht auf die großen Grundzüge der sozialpolitischen Gesetzgebung und richte er an den Staatssekretär des Innern die Frage, ob die Vorlage eines Gesetzes wider die Trunksucht in Aussicht steht.

Staatssekretär v. Bötticher: Ueber diese Angelegenheit hat ein Meinungsaustausch unter den verbündeten Regierungen stattgefunden und die überwiegende Majorität derselben hat das Behalten eines Gesetzes anerkannt. Insofern sind die Grundzüge zu einem solchen Gesetze festgestellt; dasselbe wird demnächst ausgearbeitet werden und es ist wohl anzunehmen, daß es möglich wird, dasselbe noch in dieser Session dem Hause vorzulegen, namentlich, wenn die Session über Ostern hinaus dauern sollte.

Abg. Wurm (Soz.): Auch seine Freunde würden es sehr gern sehen, wenn die, übrigens nicht der Sozialdemokratie angehörigen Opfer, welche sich dem Schnapen ergeben müßten, abnähmen; aber von juristischen Strafmitteln wolle er und seine Freunde allerdings nicht wissen. Damit diese nun nicht noch benutzten kommen, welche dem Schnapen nur durch die schlichten Abgabe und den Jüngere in die Arme getrieben wurden, wie dies so oft vielfach aus Berichten der Fabrikinspektoren zu ersehen sei. Auf die Fabrikinspektion eingehend, bezeichnet Abg. Wurm diese als ganz ungenügend. Die Berichte, welche der Reichstag von den Fabrikinspektoren erhalten, widersprechen sehr oft der Wirklichkeit direkt. Die in Preußen beachtlichste Bemerkung der Fabrikinspektoren würde keineswegs genügen. Manche Betriebsweise, die der Aufsicht bringend bedürfen, wie z. B. die Steinbrüche in Sachsen würden garnicht revidiert. Das Schlimmste sei nicht das, was wir von den Fabrikinspektoren berichtet bekommen, sondern das, was sich der Aufsicht entziele. Die Fabrikinspektoren hätten sich bei den Betrachtern der Arbeiter vollkommen versichert, die Arbeiter wagen es garnicht, beschädigte Beschwerden vorzubringen. Der Gewerbetreibende von Dresden spreche von Agitationen und Aufregung unter den Arbeitern, weil einer derselben sich darüber beschwerte, daß in dem großen Betriebe, in dem er arbeite, auf den Mann 5 Kubikmeter Luft kommen. Der Arbeiter werde deswegen entlassen, was der Gewerbetreibende allerdings verschweige. Das System der Fabrikinspektoren sei nach allen Richtungen hin korruptiert und bedürfe dringend der Reform. Der Fabrikinspektor könne, wenn er die Befähigung dazu habe und wenn er es wolle, manches sehen, was ihm verborgen werden sollte, aber es gebe viele Inspektoren, von denen es sehr fraglich sei, ob sie sich fürchten, das zu sehen, was sie im Interesse der Arbeiterbeobachtung sehen sollen. Erste nicht die Anerkennung ein, so werde es nicht zu vermeiden sein, daß der Arbeiter dieser Institution immer schroffer gegenüberstehe.

Gächlicher Bundesbevollmächtigter Graf v. Schönbalk nimmt (speziell den Gewerbetreibenden von Dresden in Gehör) aber allgemein als hervorragender Sachmann bekannt sei. Daß er mit Energie Denunziationen und unbedingten Ansprüchen der Arbeiter entgegengetreten sei, sei ganz gerechtfertigt.

Abg. Weßel (Soz.) beauptet demgegenüber, daß der Dres-

decker Fabrikinspektor sich immer einseitig auf Seiten der Arbeiter gestellt habe. Der Bekämpfung der Trunksucht solle man auch daran denken, daß ein großer Teil der Studenten, namentlich die Korporierten, mehr Zeit in den Kneipen, als in den Kassen zubringen.

Abg. v. Klemm und Dr. Sarnmann (konf.) legen Bemerkungen dagegen ein, daß die Handhabung der Gesetzgebung von Seiten der Beamten eine unparteiische sei. Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels.

Darauf verlegt das Haus die Fortsetzung der Beratung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 5 1/2 Uhr.

Auf den Kommissionen.

Die Zunderkammerkommission des Reichstages wurde heute in die Diskussion über § 67 (Ausfuhr-Prämien) eingetreten. Abg. Dr. Wühl (natl.) erklärte, nicht für § 67 stimmen zu können, weil er gegen die Festsetzung einer Prämie für eine bestimmte Zeit sei. Fürst Hagfeldt (Reichspartei) befragte seinen Antrag (der von uns bereits mitgeteilt ist). Er glaube, daß die Zeit (besonders von uns man mit Frankreich gegen die Festsetzung der Prämie) unter der Hand Staatssekretär Wühl erklärt sich gegen alle Abänderungsanträge, welche die wesentliche Wirkung nicht haben würden. Er möge sich anders beschließen, wie man wolle, die Prämien würden sich doch auf die Dauer nicht halten lassen. Auf die Prämien hin seien die meisten Zunderfabriken gegründet und würde man jetzt eine feste Exportprämie zugehen, so würden neue Gründungen eintreten, und zwar zum Schaden der Landwirtschaft und des Landes. Abg. v. Staub (Soz.) findet die Ausführungen des Staatssekretärs sehr bedenklich, sie würden in landwirtschaftlichen Kreisen eine schwere Reaktion gegen die Vorlage hervorbringen, und er wolle, falls keine Prämie gegeben werde, in der zweiten Lesung gegen das Gesetz stimmen, auf die Gefahr hin, daß dasselbe falle. Er könne einer so schweren Schädigung der Landwirtschaft, wie sie die Vorlage namentlich für den Osten bedinge, nicht zustimmen. Staatssekretär v. Wühl erklärt, selbst ein so warmes Herz für die Landwirtschaft zu haben, daß er sich von dem Wortwurf frei fühle, etwas gegen deren Interessen zu befeuern. Abg. Wedelhauser (natl.) beantragt eine feste Prämie von 1.75 M.; 2.50 M. und 2.15 M. pro Doppelzentner. Er sei zwar für völlige Festsetzung der Prämien, aber erst, wenn die anderen Länder mitgenommen seien. Graf Wühl (Soz.) reist auf dem Standpunkt des Reichstages. Geh. Rat Bötticher ist der Ansicht, daß die Lage der Zunderindustrie gerade jetzt die Durchführung des Gesetzes viel leichter mache als später. Abg. Graber (deutsch-freil.) bezeichnet die Erklärung des Staatssekretärs v. Wühl, daß die Prämie absolut unhaltbar sei, als sehr erfreulich. Jede Prämie sei ein direktes Geschenk an die Fabrikanten. Abg. Heine (Soz.) ist der Ansicht, daß die Abg. v. Wühl und Wedelhauser durch die Befürwortung der Prämie ihr politisches Todesurteil unterschreiben, denn die Sozialdemokraten würden ihnen dafür sorgen, daß das Volk erfahren, wie seine Steuern verwendet würden. Abg. Dr. Dohrn (deutsch-freil.) konstatiert, daß durch die vorgeschlagenen Prämien die weitere Arbeit eine Dividende von 4 bis 10 Proz. gebracht würde. Er wolle nicht zu jenen gehört werden, von denen Amnits sojge, sie lassen sich viel leichter auf öffentlichen Mitteln unterlegen. Bei der Abkündigung wird der Antrag des Fürsten Hagfeldt (1.50 M., 2.25 M., 1.90 M.) angenommen mit 16 gegen 11 Stimmen, womit die übrigen Anträge erledigt sind. — Bei § 2 bemerkt Abg. Richter, alle weitere Diskussion erscheine überflüssig, da nach der vorherigen Abstimmung, welche ein Schlag gegen die Regierung sei, das ganze Gesetz als gefallen anzusehen sei. Nach kurzer Debatte wird auch hier die Vorlage, 22 M. Zundersteuer pro Doppelzentner, angenommen und heißt auf Antrag des Fürsten Hagfeldt mit 18 gegen 9 Stimmen 16 M. (Zundersteuer) und 6 M. (Einfuhrsteuer) wurde sofort abgelehnt und eine Subkommission (Dr. Wühl, Dr. Dohrn, Graf Camaré) gewählt, welche die übrigen Paragraphen auf der Basis der gefassten Beschlüsse neu formulieren soll.

Die Kommission für die Krankenversicherungs-Novelle hat zu § 8 folgenden Antrag des Herrn Dr. Virsch angenommen: Der Betrag des ortsbildigen Tagelohns gewöhnlicher Tagelöhner wird von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anordnung der Gemeindebehörde festgesetzt und durch das für ihre amtlichen Bekanntmachungen bestimmte Blatt veröffentlicht. Änderungen in der Festsetzung treten sechs Monate nach der Veröffentlichung in Kraft. Ferner wurde zu § 20 nach langer Debatte beschlossen, daß auch unterbereitete Arbeiterinnen Krankenlohn bekommen.

Lokales.

Halle, 20. Januar.

— Stadverordnetenversammlung vom 19. Januar. Der Vorsitzende Herr Regierungsrat v. D. Neill eröffnet die Sitzung mit der Kenntnis von einer Entgegnung des Magistrats, nach welcher derselbe wünscht, daß zur Vermeidung der Reichstagsinteraktion (die zum Wohl der Stadt verstanden werden sollte) eine gemischte Kommission gewählt werde. Herr Neill erklärt einige Personen und sich selbst vor; da kein Widerspruch erfolgte, wurde der Vorschlag acceptiert. Nachdem der Herr Magistrat d. d. 16. d. M. an der „Saale-Zeitung“ vor, in welcher in einem Bericht des 3. kommunalen Bezirksvereins es als unzulässig erklärt wurde, daß sich der Bürgermeister Staube an dem Ankauf der Hartwigen Grundstücke beteilige. Derselben waren angefaßt, um eine Verbindungsbahn mit der Saale herzustellen. Da dieses ein Privatunternehmen sei, sollte die Verwaltung des kommunalen Bezirksvereins für denselben das Sorgen des Bürgermeisters Staube zu verurteilen. Herr Neill stellte nun im Namen des Magistrats den Antrag, daß Herr Bürgermeister Staube so lange bei dem Unternehmen lasse, bis sich dieses in eine Aktiengesellschaft umwandeln werde. Herr Bürgermeister Staube fällt sich durch das Sagen des kommunalen Bezirksvereins schwer getroffen, er sei nicht dabei getreten, um zu verdienen, sondern nur das Gemeinwohl der Stadt habe ihm am Herzen gelegen, er stelle es bei der Verarmung anheim, zu beschließen, er solle zurücktreten. Nach einer 1/2-stündigen Debatte wird der Magistratsantrag angenommen. Sodann wird zur Tagesordnung übergegangen. — 1. Entschädigung für Terrain vom Grundrath Fischerstraße 31. Herr Neill berichtet hierüber, daß dem Hausbesitzer Bergmann vom Magistrat für die Abtretung seines Grundstücks an der Stadt pro Quadratmeter 45 M. geboten sei; er empfiehlt den Antrag zur Bewilligung. Dasselbe geschieht. Punkt 2 und 3 der Tagesordnung werden abgelehnt. Zu Punkt 4: Erwerb von Land vom Grundrath Steinweg 47, empfiehlt Herr Neill, daß man den Veräußerer der Baukommission annimmt. Dasselbe wird beschlossen, dem Bauunternehmer Lindecker 4 Quadratmeter Land pro Quadratmeter 75 M. zu be-

willigen. Es wird demgemäß beschlossen. Punkt 5: Berechnung von Wasserlohn bei der Stadt. Herr Neill empfiehlt, daß die Kostensumme von 50 M. für Wasserlohn von Franzosen für ein Grundstück bei einer Kontostelle von der Finanzkommission bewilligt werden; dabei 20 M. 8. Reformentwicklung für die Alters- und Invalidenversicherung. Herr Neill empfiehlt den Antrag des Magistrats, mit der Motivierung, da doch im Etat noch nichts für die sächsischen Arbeiter zur Alters- und Invalidenversicherung bewilligt ist, daß die Summe von 655 M. dazu bestimmt werde. Der Magistratsantrag wird angenommen. — 7. Festsetzung einer Steuerberechnung für das Grundstück Gartenstraße Nr. 8. Herr Neill referiert über diesen Punkt, worauf sich eine lange Debatte entspannen und es wurde beschlossen, die Kosten des Magistrats, man möge es jetzt noch bei den alten Enten in der Gartenstraße lassen, bis zur vollständigen Neuorganisation die Mittel vorhanden wären, wurde angenommen.

— Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens regt sich ein neuer Geist. Ueberall ist das Neue bemüht, die alten, überlebten Formen und Anschauungen zu stützen und sich an deren Stelle zu setzen. Ueberall geht es und böhrt es: in der Politik und Volkswirtschaft, auf religiösen und bürgerlichen Gebieten, in Literatur und Kunst, rings, allerdings ein mächtiges Reformbewusstsein, ein Bewusstsein, das die nationalen, meinungs- und hygienischen Gebiete, eine Reformbewegung anbahnt? Auch hier haben sich die alten Anschauungen überlebt. Der gesunde Menschenverstand kann es nicht mehr recht begreifen, daß es für einen kranken Menschen von Nutzen sein kann, wenn in den geschwunden und durchseuchten Körper: doch allerdings eingeführt werden, er kann es nicht mehr recht begreifen, daß es möglich ist, durch Medizin ein Uebel zu beseitigen. Die Naturgeschichte ist die Naturgeschichte auf dem Gebiete öffentlichen Gesundheitspflege. Sie verweist das alte Heilsystem mit seinen Tausenden und aberausenden von Präparaten, Pillen, Salben und Fetten, deren Wirkung die natürlichen Mittel Luft, Licht, Wasser, Bewegung, gesunde Nahrung, Kleidung, Wohnung u. s. w. nun auch endlich mit den Arbeitern diese neue Heilverfahren zugänglich zu machen, (was bisher ausgeschlossen war, da in fast allen Krankenhäusern das Krankenbett nur gewählt wurde, wenn sich der Kranke von einem medizinischen Arzt behandeln ließ) hat der Vorstand der Fichtler-Ordnungskasse in Verbindung mit den Vorständen anderer Krankenhäuser es unternommen, eine öffentliche Verarmung für die Mitglieder sämtlicher Krankenhäuser (auch Frauen und Kinder) einzurichten. Am Montag den 26. Januar, abends 8 Uhr im „Brig-Kauf“ stiegen Herr v. Sarnmann, Herr v. Richter, Vertreter der arzneilichen Heilmittel, einen Vortrag über Naturheilverfahren halten. Näheres wird durch Annoncen bekannt gegeben.

— Die Vereinigung der Dresdener Zeitschriften hält hier am 31. März und 1. April d. J. ihre zweite ordentliche Generalversammlung ab. Montag den 31. März abends 8 Uhr soll eine Vorbereitungsversammlung stattfinden, wo die Wahl des Bureau sowie der Mandatsprüfungs- und Geschäftsordnungskommission vorgenommen wird.

Ein wohlhabender Ort ohne Schule. Schon mehrmals ist von uns auf den Mangel an Schulen hingewiesen worden. In der „Saale-Ztg.“ finden wir nun das auch in nächster Nähe unserer Stadt sich ein solcher Ort befindet. Benannte Zeitung schreibt hierüber: Aus dem nahen Röder geht uns ein Schreiben zu, worin selbst darüber Klage geführt wird, daß dieser wohlhabende Ort mit 580 Seelen keine eigene Schule hat. Die eine Hälfte der Kinder muß nach dem 1/2 Stunde entfernten Müßlich, die andere Hälfte nach dem ebenfalls 1/2 Stunde entfernten Pöhlen wandern. Mit wie viel Beschwerden das für die armen Kinder verknüpft ist, bedarf keiner weiteren Erörterung. So ist es jetzt infolge der anhaltenden Rälle und Schmerznahmen unmöglich geworden, die Feldwege, die hauptsächlich zum Aufsuchen der Pöhlen, weshalb schon jetzt 4 Wochen der größte Teil der Kinder die Schule, die übrigens in Müßlich wie in Pöhlen bereits überflüssig ist, nicht besuchen kann. Wüsste ich hier dringend gebeten. — Ist dies nicht eine glänzende Befähigung, wenn unsere Schulverhältnisse im argen liegen? Interessant ist, daß die „Saale-Ztg.“, die doch alles so wohlgeordnet in Staat und Gemeinde findet, die fort und fort die Sozialdemokratie mit ihrem Geifer desogen bespricht, weil sie die Müßlichen beseitigen will, einmal selbst genügt, ist, bekannt zu geben, wie traurig es mit den Schulen des platten Landes beschaffen ist.

Gebarmen-Lage. Ist in letzter Zeit mehrmals bei uns Auftreten darüber gemeldet, betreffs der Gebarmen der Gebarmen. Da diese Frage auch für weitere Kreise von Interesse sein dürfte, so geben wir hierüber folgenden Aufschluß: Nach Gutachten darf eine Gebarme Entgelt für ihre Leistungen nicht fordern, die Gebühren der Gebarmen sind durch die Lage für die Hebammenpersonen vom 21. Juni 1815 geregelt. Es heißt dort: Lage für die Gebarmen: 1. für eine leichte natürliche Entbindung 2—5 Thlr. 2. für eine Zwillingsentbindung 3—6 Thlr. 3. Unterbindung einer Schwangeren 1/2—2 Thlr. In Ansehung der Belohnung der Gebarmen bei der Entbindung und nachherigen Behandlung der Mutter und ihres Kindes, sowie der Geburt des Kindes, hat es bei der Bestimmung über die Gebarmen der Gebarmen über das Honorarium ein Streit entfallen, welcher sollte aber der Hofoberverwalter noch aus einer anderen Lokation entschieden werden kann, so gibt die vorstehende Lage, insofern sie auf die den Gebarmen zukommenden Vergütungen paßt, den Maßstab für sie, jedoch in der Art ab, daß ihnen in der Regel nur 1/2 des Sages für den Gebarmen gebührt und dieser nur, wenn es die Vermögensumstände der Entbundenen erlauben, bis auf 1/2 erhöht werden kann. Unseres Wissens existiert für Halle keine besondere Bestimmung, die Gebühren der Gebarmen betreffend, doch letztere sind nach den obigen Sätzen zu richten haben.

Abkündigung zur Refraktations-Stammrolle. Diejenigen in Sachsenheim aufständigen Militärpflichtigen, welche im Jahre 1869, 1870 und 1871 geboren und bezüglich ihrer Dienstpflicht noch nicht endgültig abgefunden sind, sowie alle dergleichen Militärpflichtigen früherer Jahrgänge, haben sich bis 1. Februar d. J. vormittags von 8 bis 11 Uhr im Zimmer 1 des Kaisersaales persönlich auf dortigen Refraktations-Stammrolle anzumelden oder im Falle vorübergehender Abwesenheit sich durch ihre Eltern, Vormünder, Vehr- und Brötheren anmelden zu lassen. Korrigaturen ist bei der Anmeldung von dem im Jahre 1871 auswärts geborenen Militärpflichtigen der Geburts- bezw. Taufort, von den älteren Jahrgängen der Geburts- und Wohnort, sowie die Angabe, ob sie schon verheiratet sind, zu bezeichnen. Die unterlassen oder nicht rechtzeitige Meldung wird bis zu 30 M. bei Unvermögen mit verhältnismäßiger Haft bestraft. Bestimmung der Meldefrist entbindet nicht von der Meldefrist. Eltern, Vormünder, Vehr- oder Brötheren der Militärpflichtigen werden ersucht, die letzteren auf vorstehende Anordnungen hinzuweisen und bei vorübergehender Abwesenheit derselben die Anmeldung selbst zu bewirken, wobei der zeitliche Ausfallsort anzugeben ist. Anmeldepflichtig sind diejenigen Militärpflichtigen nicht, welche einen Berechtigungs-

schon zum einjährig-freiwilligen Dienste und zugleich Auskand befragen.

Bernunftlicht ist der Klarer Wege in benachbarten Höhen am Sonnabend vormittag durch Explosion von Sprengstoffen. Selbiger wollte seinen Brannen verziehen und wendete hierzu Sprengstoffe an. Einer der Schiffe schien zu versagen; um nach der Ursache zu forschen stieg K. in den Brannen hinunter, als sich plötzlich der Schuß entlad und den Mann traf. Als Beide wurde er beunruhigt.

Bersähtet wurde der Fabrikarbeiter Schönkrodt in Brauch bei Kohlenfabrik im Schiffsboje von einer herabfallenden Kohlenmasse, wobei er schwere Verletzungen am Kopfe und an der Brust, sowie den Bruch eines Oberschenfels erlitt. Er wurde nach dem Diafonistenbaule gebracht.

Zermissches.

*** Arbeiterrisiko.** Im Bergwerk „Atlantil“ zu Ell Garben im westlichen Virginien hat sich ein größliches Unglück zugetragen. Drei Arbeiter fuhren in einem Waggon einer Drahtseilbahn eine Anhöhe hinauf, als das Seil riß und der Waggon mit reißender Schnelligkeit abwärts fuhr. Zwei der Insassen, welche die Gefahr erklärten, sprangen hinaus und retteten sich, aber der Dritte vermochte dem Bespiele nicht zu folgen und wurde getötet. Am Fuße der Anhöhe lag eine Gruppe von Arbeitern um ein Feuer herum und in diese führte der Waggon hinein, wodurch ein Arbeiter auf der Stelle getötet wurde. Ein anderer, der drei Pfund Schießpulver in seiner Tasche hatte, fiel in das Feuer. Das Pulver explodierte sofort und der Unglückliche wurde fürchterlich verbrannt, während mehrere seiner Kameraden leichtere Verletzungen davontrugen.

*** Furchtbare Augenblicke** mußte ein Schaffner durchleben, welcher am hohen Neujahrstage von Weissen nach Dresden fuhr. Im Begriff, die Fahrkarten zu durchsehen, rutschte derselbe zwischen Köpchenbroda und Weintraube vom Trittbrette herunter und hatte nur eben noch Zeit, sich an einer Eisenstange und an einem Puffer anzuklammern. In dieser furchtbaren Lage, der Zug sauste peilschwind dahin, wurde er von einem andern Schaffner bemerkt. Dieser piff sofort, alle andern Schaffner piffen nach, der Puff wurde zum Stillstand gebracht und der Mann glücklich aus seiner gefährlichen Lage befreit. Die graufige Fahrt dauerte gerade 4 Minuten. — Wie viele Opfer an Menschenleben hat diese namentlich im Winter so sehr gefährliche Art der Wilet-Kontrolle nicht schon gefordert! Es wird wirklich höchste Zeit, daß dieser Uebelstand endlich abgestellt und die Kontrolle der Fahrkarten auf andere für das Fahrpersonal mit weniger Gefahr verbundene Weise ausgeübt werde.

*** Es ist ihm wieder leid geworden.** An der Seite seiner Frau erschien blutüberströmt auf einer Sanitätswache zu Berlin ein Arbeiter und bat um schleunige Hilfe. Die war aber nicht so leicht zu bringen, denn der Hals des Mannes wies eine weite Schnittwunde auf, aus welcher das Blut mächtig hervorquoll. Außerdem hing das linke Ohrklappchen nur noch lose am Ohr; es war gleichfalls von einem scharfen Schnitt getroffen worden, den aber kein anderer gefühlt hatte, als der Verwundete selbst. Nach einem Streit, den er mit seiner besseren Hälfte gehabt, war er entschlossen, sich den Tod zu geben. Zu diesem Zwecke hatte er sich ein Brotmesser scharf gewetzt und begann mit diesem, sich den Hals zu durchsäbeln. Daß es ihm zunächst noch ernst mit seiner Absicht war, ging aus dem Schnitt hervor, der so breit geführt war, daß er das Ohr fast mitrasierte. Als aber das Blut zu rinnen begann, sank ihm der Mut. Hilfesuchend suchte er seine Frau auf, und Beide eilten nun auf die Sanitätswache, die glücklicherweise nahe genug lag, um noch zeitig rettend eingreifen zu können. Als der Mann aus der Dymnastie erwachte, in welche er auf der Wache infolge des Blutverlustes gesunken war, reichte er seiner Frau die Hand und sagte: „Luste, ich thue es nicht mehr! Es ist mir wirklich leid geworden!“

„Das Vaterland ist in Gefahr!“

„Das Vaterland ist in Gefahr! Vor'm Thor die Keten schon!“
So ruft der reiche Bregen Schar,
In Angst um den Entschungslohn.

Die fähren nach der Polizei,
Nach Buße und Religion;
Im Duff mit der Klerlei
Kämpf nur West Rammons' Sohn.

Er kriecht zu Kreuz, der ein's so laut
Auffärer sich genannt.
Sein Heil den Schmarzen er vertraut,
Für den Profit entbrannt.

Und aller Würde bloß und bar,
Nicht er mit Zug und Trug;
Doch spöttelnd lacht der Breiter
Di des Gehelet's mit Zug.

Was gilt denn Euch das Vaterland,
Ihr Herrn vom Kapital?
Doch doch feils des Profites Stand,
Ihr Eute ein'ge Dual.

Ob an der Rema, ob am Rhein,
Darum gebt Ihr nicht viel.
Nur eines muß ganz sicher sein:
Der „freien Kräfte Spiel.“

Ja! Dort ist Euer Vaterland,
Wo in des Jüngers Damm
Gesellschaft liegt die vierte Stanz,
Der arme Arbeitssmann.

Doch merket Euch, die Ihr d'isher
Den Armen zuecht ins Joch;
Für ihn gebt's eine schneid'ge Wehr
Und eine Wiege noch.

Der treue Solidarität,
Der treue Brudersinn,
Vor ihres Glanzes Majestät
Sinkt Euer Mut dahin.

Dem Arbeitssklangen laßt im Streit
Der Faust Kugeln rot,
Und für der Freiheit Herrlichkeit
Geht lähn er in den Tod.

Carl Ewald.

Litterarisches.

„Lichtstrahlen.“ Blätter für volksverständliche Wissenschaft. Zugleich ein litterarischer Wegweiser für das Volk. Erscheint halbmonatlich in Heften à 20 Pf. Dresden, Verlag von D. Garnisch. — Soeben erschien das 8. Heft.

Inhalt: Haustiere und Kulturveränderung. Von C. H. Herrmann (Fortsetzung). — Geographisches über den Marienult. Von Hermann Teißler (Fortsetzung). — Reisebilder aus Norwegen. Von Al. VI (Schluß). — Unsere Winterfestzeit. Von C. H. Herrmann (Fortsetzung). — „Ernte Gedanken.“ Von Hermann Teißler. — Litterarisches — Kleine Mitteilungen: Ein beachtenswerthes Zugführerhandb; Das Kochige Mittel zur Heilung der Schindeldrüse; Geistliche Ohrfeigen für Sünder; Ueber den Grub in Afrika. — Beilage: Moderne Romanbibliothek. Anna Schick, Roman von Heinrich Lewel (S. 17-24). — „Lichtstrahlen“ sind durch sämtliche Buchhandlungen und Kolporture zu beziehen. Von der Post (Zeitungspreisl. Nr. 3624a) bezogen, beträgt der vierteljährliche Abonnementpreis M. 1.35.

Briefkasten.

F. W., Merseburg. Wenn Sie mit der Rente nicht zufrieden sind, dann müssen Sie sich an das Schiedsgericht jener Berufsgenossenschaft wenden, unter Angabe von Gründen, warum Ihnen die Rente zu niedrig erscheint.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle 19. Januar.

Ausgeboren: Der wissenschaftl. Lehrer Ernst Schulz und Klara Hegemann (Dortmund und Auguststraße 3). Der Bahnarbeiter Karl Bruno und Wilhelmine Borch (H. Ballstraße 2). Der Konditor Max Witmann und Ida Günther (Wagelburgerstraße 11 und Gr. Märkerstraße 9). Der Dreimer Ferdinand Tröbler und Christine Biegenben (Halle und Rospebender). Der Arbeiter Paul Gröblich und Rosalie Hognant (Bremen). Der Kaufmann Alfred Fischer und Regina Schulze (Miskauten). Der Arbeiter Albert Jähly und Katharina Gorgeolt (Siedlitz und Bukowina).
Getraut: Dem Schuhmachermeister August Riese ein S., Wilhelm (Martinsgasse 24). Dem Kaufmann Bruno Horn ein S., Bruno Konrad Kurt (Niemegstraße 4). Dem Kauf-

mann Louis Pöper eine L., Dorotee Luise (Charlottenstr. 7). Dem Restaurateur Gustav Bied eine L., Frieda (Raustr. 12). Dem Schuhmacher Hans Schwarz ein S., Albert Hans (Kapfenstraße 14). Dem Kaufmann Heinrich Richter ein S., Walter Otto Max (Barthelstraße 1). Dem Handarbeiter Friedrich Konze eine L., Anna Frieda (Alter Markt 19). Dem Selbstgießer Hermann Weidart ein S., Otto Albert (Bismarckstraße 9a). Dem Böttcher Andreas Schneider ein S., Willy Max (Saalberg 3). Dem Maler Julius Treder ein S., Julius Walther (Brunnswarte 17). Dem Schlosser Otto Dietrich ein S., Georg Paul Otto (B. Berensstraße 3). Dem Diensthilf Otto Dahnhorst ein S., Otto Willi Kurt (Brunnswarte 8). Dem Maler Max Rod eine L., Helene Margarethe (Postenstraße 17a). Dem Schuhmacher Karl Engler eine L., Johanne Marie Margarethe (H. Brauhausgasse 2). Dem Handarbeiter Karl Oberburg ein S., Ernst Karl (Brunnswarte 18). Dem Kofferträger Albert Herold eine L., Anna Emilie Frieda (Bahnhofstraße 7). Dem Restaurateur Wilhelm Berend eine L., Emilie Anna Olga (Breitestraße 17). Dem Bergmann August Wsch eine L., Anna Elisabeth (Wormligerstraße 32). Dem Zimmermann Anton Weise eine L., Soppie Maria Bertha (Schillerstraße 17). Dem Schuhmachermeister Karl Stintge ein S., Anna Margarethe (Wendehöfstraße 3). Dem Restaurateur Karl Sandmann ein S., Otto Willy (Vorkühnstraße 6). Dem Böttchermittelmeister Heinrich Kischler ein S., Karoline Hildegard Gertrud (Heinrichstraße 7). Ein unehel. S. 4 unehel. L.

Getraut: Des Schmiedemeister Ferdinand Rothe Ehefrau Wilhelmine geb. Schaaf, 62 J. (Auguststraße 13a). Der Handhuhmacher Robert Kollmann, 65 J. (Breitestraße 32). Der Drochthausbesitzer Karl Schaffner, 43 J. (Gr. Brauhausgasse 24). Des Schmiedemeister Karl Friedrich Georg Hebe, ein Ehe geb. Hoff, 62 J. (Mühlweg 30). Die Schneiderin Minna Meyer, 21 J. (Kapellengasse 8). Des Handarbeiter Hermann Krüger, 21 J. (Luisenstraße 17). Der Lithograph Karl Hertelmann, 66 J. (Stralassendamm). Des Tischlermeister Ferdinand Schubert Ehefrau Christiane geb. Kischmann, 61 J. (Hännerschloß 5bb). Des Maler Wilhelm Duell Ehefrau Hedwig geb. Schulz, 22 J. (Diafonistenbau). Der Radmachermeister Friedrich Kriebe, 67 J. (Rheinl.). Der Hospitalist Gottlieb Koch, 80 J. (Hospital). Des Handarbeiter Louis Regel S. Louis, 1 M. (Unterplan 4).

Stadttheater zu Halle a. S.

Donnerstag den 20. Januar 1891.
128. Vorstellung. — 32. Vorstellung außer Abonnement.
Erstes Gastspiel des Großh. Schff. Kammerjänger
Hans Gieseler.

Der Troubadour.

Große Oper in 4 Akten von Verdi.

Mittwoch den 21. Januar 1891.
129. Vorstellung. — 97. Abonnements-Vorstellung.
(Farbe: weiß).
Anfang 7 1/2 Uhr. — Ende nach 10 Uhr.

Loreley.

Finale aus der unvollendeten Oper Lorelei.
Geschichtet von E. Geibel. Musik von Mendelssohn-Bartholdy.

Donore: Clem. Fleischner. Chor der Lust- u. Wassermeister vom Rhein u. Bodenfe.

Esther.

Dramatisches Bruchstück in 2 Akten von F. Grillparzer.

Personen:
Der König F. Rinald.
Haman Robert Friedrich.
Bigthan Ludw. Hofmann.
Deres Albert Herold.
Jares, Hamans Gattin Leonore Mahr.
Arbadi Karl Rieder.
Mardochai Karl Friedau.
Epher A. Rinald-Bauki.
Rehmal, erster Großer des Reichs Adolf Schumacher.
Zweiter Großer des Reichs R. Brinkmann.
Ein königlicher Hauptmann J. Engelmann.
Erster Rat Herm. Bachmann.
Zweiter Rat Gottfr. Greger.

Nach dem 2. Stadt Paue.

Darauf:

Der verwunschene Prinz.

Schwank in 3 Akten von J. v. Blos.

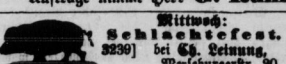
Donnerstag den 22. Januar 1891.
(Farbe: rot). Zum ersten Male:

Schiller und Lotte. Lustspiel in 4 Akten v. Hengen.

Robert Schlurick, Annenstraße 1, Gdz der Feuerstr., Halle a. S.
Beratung bei allen Krankheiten und Heilung auf rein natürlichem Wege.
Erschienen täglich von 8-10 Uhr vormittags und 2-3 Uhr nachmittags.
Für Mittellose unentgeltlicher Rat Mittwochs und Sonnabends von 3-4 Uhr nachmittags. [3191]

G. Pauly, Halle a. S.

Thüringerstraße 3. Merseburgerstraße 34.
Brennmaterien jeder Art
zum billigsten Preise frei Gefaß. [2850]
Lieferung sofort.
Aufträge nimmt Herr **G. Rühlemann,** Königsplatz 7, entgegen.



Krosses Restaurant, Viktoriapl. I.
Mittwoch: großer Barrenabend.

Redaktion L.S.: Otto Mittag, Giebichenstein; Verlag von Aug. v. r. o. s., Halle a. S.; Druck der Halleschen Genossenschafts-Druckerei (E. S. m. I. S.), Halle a. S.

Durch die Expedition dieses Blattes sind zu beziehen:
Protokoll
über die Verhandlungen des Parteitagcs zu Halle a. S.

Politische Reden.
Heft 1 und 2.

Wandkalender
mit Porträts und bildlichen Darstellungen in Lichtdruck.

Arbeiter-Notizkalender.

H. Sauertohl
bei V. Loipold, Schillerstraße 41.

Zahnschmerzen
werden sofort und dauernd beseitigt durch Selbstpmbieren hoher Röhne mit **Walthers** süßigem Zahnkit. In Flaschen à 35 Pf. bei
E. Walther,
Glauchauer Kirche 13.

Franz Martini
Büchsenmachermeister
Geitstraße 63
empfiehlt in Lager von selbstgeherzten
Besen, Bürsten und Pinselwaren u. f. w.
vom feinsten bis ordinären.
Neckle Bedienung. Solide Preise.

Wichtig für Arbeiterfamilien!
Groß. kräft. hausbackenes Brot.
7 Stüd für 3 M., 3 1/2 Stüd für 1.50 M.
Auch diejenigen, welche das Brot einzeln holen,
erhalten dieses zum selben Preise beim
Bäckermeister Aug. Bielebert,
Oberplan 41.

Viktor Leipold, Schillerstraße,
empfehl Herings- à 5 und 8 Pf.
Arbeitsbuch Verlosung! Aug. Schmiedstr. 3.